

Die internationale Konferenz für genossenschaftliches Wohnen

Autor(en): [s.n.]

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **26 (1951)**

Heft 10

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-102298>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Räume sind meist etwas größer dimensioniert als bei uns, namentlich auch in der Höhe. Im Sommer wird es sehr heiß. Die Räume müssen darum groß sein, damit eine genügende Luftzirkulation entsteht. Es fehlt auch nie das Speisekammerchen. Die Gänge, und meist die Treppenhäuser, sind geräumiger als bei uns. Jede Wohnung hat auch ihr Badezimmer. Es fehlt aber der Badofen, weil keiner erhältlich ist. Vorgesehen sind Badofen zum Feuern mit Holz oder Kohle. Die Wanne muß mit Wasser, das auf dem Herd heiß gemacht wurde, gefüllt werden. Tapeten haben wir in einer einzigen Vorkriegswohnung gesehen. Auf die Wände wird ein Muster mit einer Schablone aufgetragen. Die meisten Wohnungen haben einen Balkon. Er ist groß und wird oft zum Wäschetrocknen benutzt. Wo Waschküchen vorhanden sind, befindet sich in ihnen ein großer steinerner Trog mit einer schiefen Wand, auf der die Wäsche gerieben wird. Zentrifugen und Waschmaschinen sind nicht bekannt. Ein Baufachmann erkundigte sich bei uns, wie unsere Waschmaschinen eigentlich funktionieren.

Selbstverständlich bemühen sich die führenden Baufachleute, die Wohnkultur zu heben. Ihre Projekte sind sowohl in bezug auf die Planung als auch in technischer Beziehung durchaus auf der Höhe der Zeit. Alle Bauingenieure und Architekten stehen im Dienste des Staates, was offensichtlich

ihre Leistungen nicht beeinträchtigt. Sie beklagen sich nur darüber, daß zu wenig Kräfte zur Verfügung stehen, und daß ihnen die ausländische Fachliteratur wenig zugänglich sei, weil es an Devisen fehlt.

Der Regierung wurde aber durch die Loslösung von den Kominformstaaten ein dicker Strich durch ihre großen Wohnbaupläne gemacht. Überall in Jugoslawien sieht man Hunderte in Backstein erstellte Rohbauten, die der Vollendung harren. Der Ausbau mußte verschoben werden, weil es an Material für die sanitären und die elektrischen Installationen und an Glas für die Fenster fehlt. Auch Beschläge sind nicht erhältlich. Die Fabriken, welche diese Materialien liefern sollten, sind noch nicht fertig, und das Ausland will nicht auf Kredit liefern. Deshalb liegt die gewaltige Arbeit, die für die Erstellung der Rohbauten geleistet wurde, vorläufig und wohl für ein Jahr oder zwei brach. Und daneben hausen viele Tausende von Familien in ungesunden Löchern, die den Namen «Wohnungen» nicht verdienen.

Es ist darum leicht zu verstehen, daß man überall den einen sehnlichsten Wunsch hört, die Vereinten Nationen möchten Jugoslawien helfen, die dringendsten Aufgaben des Wohnungsbaues zu lösen, indem sie dem durch Weltkrieg und Befreiungskrieg schwer heimgesuchten Lande eine Anleihe vermitteln.

Gts.

Die internationale Konferenz für genossenschaftliches Wohnen

Im Jahre 1948 hatte der Kongreß des Internationalen Genossenschaftsbundes (IGB) eine wichtige Resolution angenommen, die die Bedeutung der Rolle, die die Wohngenossenschaften bei der Lösung des Wohnproblems «entsprechend einer fortschrittlichen Sozial- und Wirtschaftspolitik» spielen, unterstrich und die den dem IGB angeschlossenen Organisationen empfahl, Beziehungen mit den Wohngenossenschaften aufzunehmen, um womöglich gemeinsame Unternehmungen zur Produktion bestimmter Baumaterialien aufzubauen.

Später unterbreitete der IGB der europäischen Wirtschaftskommission zwei Berichte, den einen im Mai 1949, der die Frage der genossenschaftlichen Tätigkeit auf dem Gebiet des Wohnwesens behandelt, den andern im März 1951, der sich mit der Finanzierung der Wohngenossenschaften beschäftigt. Diese drei Dokumente dienten der internationalen Konferenz für genossenschaftliches Wohnen, die am 21. September 1951 in Kopenhagen stattfand, als Grundlage. Die Konferenz vereinigte unter dem Vorsitz von *Thor Pedersen*, Sekretär des dänischen Verbandes städtischer Genossenschaften, Vertreter aus acht Ländern, nämlich aus Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Großbritannien, Italien, der Schweiz und der Tschechoslowakei. Norwegen und Schweden waren durch fünf Beobachter vertreten, der IGB durch seinen Direktor *W. P. Watkins* und seine Generalsekretärin *Miß G. F. Polley*.

Das Programm der Tagung sah für den Nachmittag den Besuch genossenschaftlicher Wohnkolonien Kopenhagens vor, so daß die Zeit für die Diskussionen außerordentlich beschränkt war. «Diskussion» ist übrigens hier nicht ganz der richtige Ausdruck, denn in allen Ländern, in denen Wohngenossenschaften bestehen, hat man sich von deren Nützlichkeit und von dem wertvollen Beitrag, den sie zur Lösung des Wohnproblems leisten, überzeugen können. Nicht nur sind in der Regel in Genossenschaftswohnungen die Mietzinse niedriger als in Privatwohnungen (in Stockholm nach einer vor

1939 vom königlichen Rat für die schwedische Sozialunterstützung durchgeführten Untersuchung um 10 bis 30 Prozent), sondern diese Genossenschaften leisten auch und vor allem unschätzbare Dienste, indem sie in der Zeit des Wohnungsmangels die Initiative zum Bau von Wohnungen ergreifen und indem sie schöne, sonnige, gut durchlüftete, den Familien und nicht den Kapitalinteressen dienende Wohnungen schaffen. Es handelte sich an dieser Konferenz deshalb viel eher um einen Erfahrungsaustausch über den Stand des Wohnungsproblems in den verschiedenen Ländern, die an der Konferenz vertreten waren, über die von der Wohngenossenschaftsbewegung erzielten Fortschritte und über die Möglichkeiten, die Beziehungen zwischen Konsum- und Wohngenossenschaften entsprechend der Prager Resolution enger zu gestalten oder, wo noch keine Beziehungen bestehen, diese herzustellen. Tatsächlich unterbreiteten zwei italienische Delegierte, ein Finne und ein Tscheche interessante Nachrichten über die von den Wohngenossenschaften ihrer Länder unternommenen Anstrengungen und über die Unterstützung, die sie von seiten des Staates erhalten hatten.

Dennoch handelt es sich dabei um derart komplexe Fragen, die mit den vielgestaltigsten Problemen finanzieller, gesetzgeberischer und sozialer Natur zusammenhängen und die deshalb ein grundsätzlicheres Studium verdienen würden, als das in den zwei, drei Stunden möglich war, die zur Verfügung standen. Zu bedenken ist darüber hinaus auch, daß, wenn Vertreter von acht oder zehn Ländern, die sechs oder sieben verschiedene Sprachen sprechen, die Übersetzungsarbeiten einen verhältnismäßig breiten Raum einnehmen, so daß die zur Behandlung der Probleme effektiv zur Verfügung stehende Zeit äußerst knapp war.

Das Hauptinteresse der Konferenz beruhte vor allem auf der Tatsache, festzustellen, daß Menschen, die Genossenschaftsorganisationen verschiedener Länder vertraten, die soziale Bedeutung des Wohnproblems anerkennen und die wirtschaftlichen und moralischen Gründe würdigen, es auf genos-

senschaftlicher Grundlage zu lösen. Indem die Genossenschaftsbewegung dazu beiträgt, die Wohnungen der Familien zu verbessern, erfüllt sie die Mission, dem Volke diejenigen Mittel zur Verfügung zu stellen, die ihm gestatten, frei und durch eigene Anstrengungen seinen Lebensstandard zu erhöhen.

Es zeigte sich so, daß die Genossenschaftsbewegung verpflichtet ist, sich mit den Wohnungsproblemen zu beschäftigen, und mehrere Redner unterstützten nacheinander den Vorschlag, den Thor Pedersen der Konferenz unterbreitete und der darin bestand, das Zentralkomitee des IGB aufzufordern, einen Ausschuß für Wohnungsfragen ins Leben zu rufen. Einstimmig wurde zum Abschluß der Konferenz die folgende Resolution angenommen:

Resolution

Die Internationale Konferenz für genossenschaftliches Wohnen, die in Kopenhagen am 21. September 1951 tagte, tritt dafür ein, daß entsprechend der vom 17. Internationalen Genossenschaftskongreß im Jahre 1948 in Prag angenommenen Resolution eine möglichst umfangreiche Dokumentation in bezug auf die Tätigkeit der Wohngenossenschaften geschaffen;

daß der Austausch von Nachrichten und von Technikern zwischen den verschiedenen Zentralorganisationen von Wohngenossenschaften gefördert und

daß eine engere Zusammenarbeit zwischen den Konsum-, Wohn- und Arbeiterproduktivgenossenschaften in bezug auf die Finanzierung des Wohnungsbaues sowie die Produktion von Baumaterialien geschaffen wird.

Darüber hinaus empfiehlt sie dem Zentralkomitee des

IGB, sobald als möglich einen Ausschuß für den Wohnungsbau ins Leben zu rufen, der dem Sekretariat des IGB beistehen würde, die notwendige Dokumentation zu sammeln, eine engere Zusammenarbeit zwischen den Länderorganisationen der Wohngenossenschaften herzustellen und die Wohngenossenschaftsbewegung in denjenigen Ländern, deren Wirtschaft noch nicht voll entwickelt ist, zu ermutigen.

*

Wie wir bereits festgestellt haben, war der Nachmittag dem Besuch von genossenschaftlichen Wohnkolonien Kopenhagens gewidmet. Eine Rundfahrt, die von unsern dänischen Freunden organisiert war, gestattete uns, uns mit eigenen Augen Rechenschaft abzulegen über die Bedeutung der erzielten Ergebnisse. Die von den Wohngenossenschaften zur Verfügung gestellten und von den Eltern selbst verwalteten Kindergärten haben uns besonders großen Eindruck gemacht. Viele Mütter sehen sich gezwungen, mitzuverdienen, da das Leben hier wie in so vielen andern Ländern sehr teuer ist. Sie können ihre Kleinkinder im Kindergarten gegen Entgelt von 2 Kronen (ungefähr Fr. 1.25) abgeben. Die Kinder erhalten Nahrung und spielen unter der Aufsicht ausgebildeten Personals. Die Stadtgemeinde, die so die Kindergärten nicht selbst zu betreuen hat, gewährt eine Subvention. Hier wurde eine sehr glückliche Zusammenarbeit zwischen den Behörden, den Wohngenossenschaften und den Eltern gefunden. Jeder Partner übernimmt seinen Teil an Initiative und Verantwortung. Das ist auch die beste Schule der Demokratie, die man finden kann, und solche Ergebnisse helfen uns auch verstehen, weshalb die Skandinavier so stark an der persönlichen Freiheit festhalten. E. D. in «Schweiz. Konsumverein»

ALLERLEI WOHNBAUFragen

Die Bautätigkeit im ersten Halbjahr 1951

Vom Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit

Die Statistik der Bautätigkeit in den Gemeinden mit über 2000 Einwohnern, die bisher 382 Gemeinden umfaßte, ist entsprechend den Ergebnissen der Volkszählung vom Dezember 1950 erweitert worden, so daß nunmehr sämtliche Gemeinden mit 2000 und mehr Einwohnern in diese Erhebung einbezogen sind; die neue Gruppierung der Gemeinden nach Ortsgrößenklassen stützt sich ebenfalls auf die Wohnbevölkerung vom Dezember 1950.

Im ersten Halbjahr 1951 sind in sämtlichen erfaßten 461 Gemeinden 10 672 Neubauwohnungen erstellt worden. In den 382 mit dem Vorjahr vergleichbaren Gemeinden beträgt die entsprechende Zahl 10 154; sie liegt um 22,9 Prozent über jener des Vorjahres und übertrifft sogar den im ersten Halbjahr 1932 erreichten Höchststand von 9034 Neuerstellungen um 12,4 Prozent. Die Zunahme gegenüber dem ersten Halbjahr 1950 erstreckt sich auf alle Ortsgrößenklassen, ist jedoch in den großen Landgemeinden am ausgeprägtesten. Mit 67,1 Prozent entspricht der Anteil der Städte am Gesamttotal nahezu der letztjährigen Quote von 68,9 Prozent. Zufolge dieser Entwicklung hat sich auch der Anteil der Einfamilienhäuser mit 16,8 Prozent (17,7 Prozent, wenn sämtliche 461 Gemeinden in Betracht gezogen werden) gegenüber 17,1 Prozent im Vorjahr und derjenige der Mehrfamilienhäuser mit 72,5 Pro-

zent (71,7 Prozent) gegenüber 73,9 Prozent nur unwesentlich verändert. Der *genossenschaftliche Wohnungsbau* vereinigt im Berichtshalbjahr nur noch rund einen Viertel aller Neubauwohnungen auf sich, die privaten Ersteller dagegen etwas mehr als zwei Fünftel. Drei Viertel aller Neubauwohnungen sind ohne öffentliche Finanzbeihilfe erstellt worden. Auf Kleinwohnungen mit ein bis drei Zimmern entfallen 62,2 Prozent der Gesamtzahl gegenüber 57,1 Prozent im ersten Halbjahr 1950.

Der Zugang durch Umbauten beträgt im Berichtshalbjahr in den 382 vergleichbaren Gemeinden 261 Wohnungen (Vorjahr 184), der Abgang durch Abbrüche usw. 528 (397). Der Reinzugang ist mit 9887 Wohnungen um 22,8 Prozent größer als im Vorjahr.

Wie im Vorjahr, ist das in nächster Zeit zu erwartende Wohnungsangebot ermittelt worden durch Feststellung der Zahl der auf Ende Juni 1951 im Bau befindlichen Wohnungen. Diese Zahl beläuft sich für das Total der 41 Städte auf 13 210 Wohnungen, für sämtliche erfaßten Gemeinden (mit Ausnahme einiger Landgemeinden) auf 18 343 Wohnungen. In den mit dem Vorjahr vergleichbaren Gemeinden befinden sich 17 663 Wohnungen im Bau gegenüber 13 717 Ende Juni 1950.